Wehrpflicht

Warum sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer 2022 verfünffacht hat

26. Februar 2023, 14:24 Uhr | Lesezeit: 5 min

Nicht kämpfen müssen, auch im Kriegsfall: Das beantragten zuletzt so viele Deutsche wie seit Jahren nicht. Es herrsche eine "diffuse Angst", sagt ein Experte - die Wehrpflicht ist ja nur ausgesetzt.

Von Matthias Kolb

Wird in Deutschland über die Wehrpflicht diskutiert, merkt Wolfgang Burggraf das ziemlich schnell. Die von <u>Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD)</u> angestoßene <u>Diskussion über deren Wiedereinführung</u> sei zwar eine "Geisterdebatte", sagt der 62-Jährige, sie mache aber die "Verunsicherung noch größer".

Burggraf verfolgt als Geschäftsführer der <u>Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)</u> genau, wie die Deutschen über Krieg, Militär und Pazifismus reden. Denn die in Bonn ansässige EAK ist die letzte Institution, die kostenlose Beratung für Männer und Frauen anbietet, die überlegen, den Kriegsdienst zu verweigern. <u>Denn da die Wehrpflicht 2011 nur ausgesetzt wurde</u>, gilt weiter das in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden." Finanziert wird das Angebot von der evangelischen Kirche.

Verweigerung als "politisches Zeichen"

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine beschert auch der EAK viel Arbeit. "Seit Februar 2022 haben wir jeden Arbeitstag eine Beratung und ein Mal pro Woche kommt jemand, der gerade in der Bundeswehr aktiv ist", sagt Burggraf. Das ergibt knapp 200 Gespräche, also mit fast einem Sechstel all jener, die 2022 verweigert haben. Laut Bundesverteidigungsministerium (BMVg) gingen 1123 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) ein: 235 wurden von Soldatinnen und Soldaten gestellt, 271 kamen von Reservistinnen und Reservisten und 617 von Ungedienten. 2021 hatte es insgesamt nur 209 Anträge gegeben.

Den starken Anstieg bestätigt auch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), deren Sachbearbeiter über die Anträge entscheiden. Hier gibt man 951 Fälle für 2022 an, was einer Verfünffachung entspricht. Der Unterschied zwischen den Zahlen entstehe, weil Anträge aus der Bundeswehr immer wieder "vor der Weiterleitung an das BAFzA" zurückgezogen" würden.

208 Fälle seien 2022 anerkannt worden. Wie viele in ihrer schriftlichen Begründung den Krieg in der Ukraine als Grund nannten, weiß man beim BAFzA nicht: Man führe dazu keine Statistik, da die Begründungen "sehr individuell" seien und im Kontext des Lebenslaufes geprüft würden.

Wolfgang Burggraf betont etwas anderes: "Russlands Krieg gegen die Ukraine hat bei der Zahl der Verweigerungen unter den Bundeswehrangehörigen kaum etwas verändert." Er denkt, dass vielmehr viele Reservisten und Ungediente mit ihrem KDV-Antrag "ein politisches Zeichen" setzen wollen oder aus Sorge vor einer Teilnahme an einem Krieg "prophylaktisch" verweigern.

Unter den Deutschen herrsche eine "diffuse Angst"

<u>Die linke Zeitung Neues Deutschland empfiehlt schon</u>, "wer diesem Staat seinen Körper und im Zweifelsfall sein Leben nicht zur Verfügung stellen" und "nicht auf fremde Soldat*innen schießen" wolle, sollte vorsorglich verweigern. Denn junge Männer, die heute die Schule abschließen, wissen nicht mehr, was bis 2011 allseits bekannt war: Nur anerkannte Verweigerer müssen auch im Kriegsfall keine Waffe in die Hand nehmen. Eingezogen für andere Aufgaben würden aber auch sie.

Aktuell sieht Burggraf eine "diffuse Angst" in der Bevölkerung. Aus der jahrzehntelangen Erfahrung gehe man in der EAK davon aus, dass nur jede zehnte Person, die zur Beratung kommt, den KDV-Antrag abschicke. Daher schätzt er, "dass sich jedes Jahr 10 000 Deutsche ernsthaft mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung auseinandersetzen". Auch wenn die Zahl der verweigernden Soldaten nicht so stark ansteigt, wie zum Jahreswechsel erste Schlagzeilen berichteten, zeigt sich doch ein weiteres Problem der Bundeswehr: Sie findet nicht genügend Personal. Bis 2031 soll die Truppe von 183 000 auf 203 000 Männer und Frauen anwachsen. Da schmerzt jeder Abgang.

Auf Anfrage der AfD-Fraktion musste die Bundeswehr einräumen, dass jede sechste Dienststelle unbesetzt sei. Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr teilte der SZ mit, dass die Truppe durch den Krieg "eine gesteigerte öffentliche Wahrnehmung und kurzfristig auch ein erhöhtes Interesse" erfahren habe. Auf die Zahl der Bewerber habe dies aber "weder positive noch negative Auswirkungen".

Aus den Gesprächen, die er und seine Mitarbeiter führen, weiß Wolfgang Burggraf einiges über die Beweggründe der Soldaten und Soldatinnen. Ausscheiden würden vor allem jene, die "durch unredliche Rekrutierungsmaßnahmen" in die Armee gelockt wurden und denen der "Ernst des Berufs" verschwiegen worden sei. In den Werbekampagnen der Bundeswehr waren jahrelang kaum Waffen zu sehen; gerade das Medizin-Studium war attraktiv. Dazu passt, dass laut BMVg vor allem Soldaten aus dem Sanitätsdienst und dem Heer verweigern.

Für aktive Soldaten ist der Schritt folgenreicher als für Reservisten und Ungediente. Eine "durchschnittliche Dauer" der KDV-Verfahren nennt das BAFzA nicht; man prüfe "einzelfallbezogen". Wer aus der Bundeswehr heraus verweigert, kommt zwar nicht mehr mit Waffen in Berührung, aber bleibt bis zur Entscheidung im Dienst. Weil die schriftliche Begründung der Gewissensänderung genau überprüft wird und die Verfahren häufig vor Gericht landen, vergehen oft Jahre bis zur Entscheidung.

Aktiven Soldaten, die verweigern, droht die Sozialhilfe

"Diese zeitliche Ungewissheit belastet sehr und zermürbt", sagt Burggraf. Hinzu kommt die Sorge vor Mobbing in der Kaserne und vor wirtschaftlichen Folgen. Denn ein stattgegebener KDV-Antrag gilt in der Bundeswehr als "Entlassung auf eigenen Antrag", sodass kein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht. "Sie werden sofort zu Sozialhilfeempfängern", sagt Burggraf.

Noch ein Faktor: Die Ausbildungskosten werden zurückgefordert. Dem BMVg zufolge werden diese "Rückerstattungspflichten" danach berechnet, welcher "geldwerte Vorteil" den Ex-Soldaten für ihr Berufsleben bleibe: "Durch diese Beschränkung soll sichergestellt werden, dass die Kostenrückerstattung nicht die freie Gewissensentscheidung der Antragstellenden beeinträchtigt." Diese Position lobt die EAK. Ihr primäres Ziel, so Burggraf, sei es nicht, "Leute von der Bundeswehr fernzuhalten". Priorität habe, Bürger bestmöglich bei ihrer Gewissensentscheidung zu unterstützen.

Im Alltag sei die Beratung für die EAK oft schwierig, weil die Behörden wenig Informationen geben. Burggraf spricht von widersprüchlichen Zahlen, ausbleibenden Antworten und einem "Graubereich". Nun nimmt die Transparenz zu. So bestätigt das Verteidigungsministerium der SZ, dass bei allen Ungedienten, die verweigern wollen, "Musterungen seitens der Bundeswehr durchzuführen" seien. Bislang war die EAK davon ausgegangen, dass dies von den einzelnen Karrierecentern der Bundeswehr unterschiedlich gehandhabt werde - und die Schreiben von Ungedienten mitunter ignoriert wurden. "Mit dieser Info können wir viel konkreter beraten", freut sich Burggraf.

Auch die eigentlich banale Bestätigung der BMVg-Sprecherin, wonach die Karrierecenter der Bundeswehr "den Antragstellenden eine Eingangsbestätigung zukommen" lassen, ist ein Fortschritt. "Uns haben jahrelang zahlreiche Klientinnen und Klienten berichtet, dass ihre KDV-Anträge angeblich versandet sind und sie mehrmals nachfragen mussten, um Antworten zu kriegen", sagt Burggraf, der einst Wehrdienst leistete und als Reservist 1991 verweigert hat. Er träumt von einem runden Tisch, bei dem sich die Berater mit den Sachbearbeitern des BAFzA "kollegial und vertraulich" austauschen können. Es gehe allen doch um das Gleiche: ein Grundrecht zu schützen und durchzusetzen.

Allerdings haben 2022 auch mehr Deutsche als zuvor sonst ihre Kriegsdienstverweigerung widerrufen – nämlich genau 487. Dafür ist ein Brief mit den persönlichen Daten und einer Unterschrift per Hand an das BAFzA nötig – eine E-Mail mit Scan oder Foto reicht auch. Sprecher Sinan Büyrü betont, dass die Person erklären müsse, "dass ihr Gewissen sie nicht mehr daran hindert, den Kriegsdienst an der Waffe zu leisten". Enorm ist der Anstieg nicht: 2021 wurde 304 Mal die Kriegsdienstverweigerung widerrufen, 2016 gab es 718 Fälle.

Wie viele der Deutschen, die 2022 einen Gesinnungswandel erlebten, nun als Reservisten zur Bundeswehr wollen, lässt sich jedoch nicht ermitteln. Der Reservistenverband teilt nur mit, dass das Interesse seit dem 24. Februar gestiegen sei: "Wir haben im Zeitraum des Ukrainekonfliktes eine Verdopplung der Neuanmeldungen im Vergleich zu den Vorjahren." Daher sei man alles andere als besorgt, dass 2022 Hunderte Reservisten den Kriegsdienst verweigert haben.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: <u>www.sz.de/szplus-testen</u>

URL: <u>www.sz.de/1.5757875</u>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/mcs

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.